

Gegen den Stillstand eintreten

Frauenstreik Das Frauenstreik-Komitee in Liechtenstein kritisiert den Stillstand der Regierung in Sachen Gleichstellung. Frauen gehen heute in Vaduz mit ihren Forderungen auf die Strasse, um das zu ändern.

Dorothea Alber
dalber@medienhaus.li

Die Frauenstreik-Bewegung nimmt mächtig Fahrt auf. In der Schweiz und in Liechtenstein gehen Frauen auf die Strasse, um sich für die Gleichstellung der Geschlechter stark zu machen. Unter dem Motto «Wenn Frau will, steht alles still» streikten am 14. Juni 1991 Frauen in der ganzen Schweiz und in Liechtenstein schon einmal tausende Frauen. Sie wollten auf die Lohnungleichheit, die ungerechte Verteilung der Hausarbeit und auf die fehlende Umsetzung des Gleichstellungsartikels in der Bundesverfassung von 1981 aufmerksam machen. «Viele denken heute, die Gleichstellung sei bereits erreicht», sagt Anouk Joliat vom Frauenstreik-Komitee in Liechtenstein. Doch das sei ein Irrtum. Noch heute verdienen Frauen 20 Prozent weniger, wobei fünf Prozent davon nicht erklärbar sind. Und noch heute dominieren Rollenbilder den Alltag.

«Frauen sind nicht selbst schuld»

«Es heisst oft, Frauen seien selbst schuld, wenn sie zum Beispiel weniger verdienen. Doch das stimmt einfach nicht. Es gibt ein strukturelles Problem», betont Joliat. In einem Manifest haben die Frauen sieben Punkte ausgearbeitet, die sie von der Regierung, der Gesellschaft und der Politik generell einfordern. Zum Beispiel das Sichtbarmachen der unbezahlten Arbeit durch eine Studie, welche das Ministerium für Gesellschaft in Auftrag geben soll.

60 Frauen haben das Manifest bereits unterzeichnet. Auch Martina Haas vom LANV gehört dazu, der heute zum Streik in Liechtenstein aufruft. «Es geht darum, dass sich Frauen heute solidarisieren.» Viele Frauen seien sozial schlecht abgesichert, während Männer 60 Prozent mehr Pensionskasse beziehen. In der Schweiz ist es deswegen auch der Bäuerinnenverband, der am heutigen Frauenstreik-Tag mit dabei sein wird. «Bäuerinnen haben ein riesiges Problem, weil sie keine Pensionskassengelder bekommen und im Falle einer Scheidung



Der Frauenstreik findet nicht nur in der ganzen Schweiz, sondern auch heute in Liechtenstein statt.

Bild: Keystone

vor einer Tragödie stehen», betont Joliat. Es könne nicht sein, dass wir in einem der reichsten Länder der Welt leben, in dem Frauen im Alter aber verarmen.

Lohnungleichheit bis 2022 gefordert

Ein ambitionierter Punkt im Manifest ist das Gehalt. «Die Lohnungleichheit ist in Liechtenstein im Jahr 2022 besiegt», heisst es im Manifest. Bei Gleichstellungsthemen stellt das Komitee seit Jahren einen Stillstand fest. Im Bereich familienergänzende Betreuung konnten zwar Fortschritte erzielt werden. Doch seit der Auflösung der regierungsnahen Stabsstelle für Chancengleichheit im Zuge der Verwaltungsreform 2011 sei die Umsetzung der faktischen Gleichstellung zum Stillstand gekommen, lautet die Kritik. Weitere Punkte im Manifest sind Rollenbilder, Mehrfachdis-

kriminierung, Gewalt gegen Frauen sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf. «Vier Monate Mutterzeit reicht einfach nicht aus», sagt Martina Haas.

Regierungsrat Mauro Pedrazzini wehrte sich gestern im Interview gegenüber «Radio L» gegen die Kritik, in Sachen Gleichstellung habe sich in Liechtenstein nichts bewegt. Liechtenstein habe in den vergangenen Jahren etliche Fortschritte gemacht, betont Pedrazzini. «Es wird übersehen, was sich in den letzten Jahren alles getan hat», findet der Regierungsrat. Beispielsweise in über 70 Prozent der Haushalte mit Kindern gebe es zwei Einkommen, wobei die Frauen meistens in Teilzeit arbeiten. «Wir haben heute keine Wartelisten mehr für Kita-Plätze. Das war vor einigen Jahren noch ein ernstes Problem», sagte Pedrazzini. Seit es das Betreuungs- und Pflegegeld im Land gebe, ge-

«Es geht darum, dass sich Frauen heute solidarisieren»



Martina Haas
Frauenstreik-Komitee

be es auch die Möglichkeit, diese Care-Arbeit endlich zu vergüten. Das werde auch genutzt und werde mit keiner Silbe gewürdigt. «Darum habe ich das Gefühl, dass man mit den gleichen Sachen wie immer kommt und den Fortschritt missachtet.»

Starke Geste von Alain Berset

Dass es auch anders geht, das zeigt etwa der Schweizer Bundesrat Alain Berset. Mit einem Video äusserte er sich gestern zum Frauenstreik auf Facebook. In 30 Sekunden führte er die wichtigsten Punkte des Frauenstreiks auf. Er hält Plakate in der Hand. Berset blättert in seinem neuesten Social-Media-Post diese Plakate mit einer gesellschaftlichen Ungerechtigkeit nach der anderen herunter und zeigt sich damit solidarisch mit den Frauenanliegen. Seine Kernpunkte: Lohnun-

gleichheit, schlechtere Altersvorsorge, weniger Frauen in Führungspositionen, mehr Haus- und Betreuungsarbeiten, häusliche Gewalt und Belästigung. Sein Aufruf am Ende des Videos: «Wir müssen das endlich ändern.»

Breite Unterstützung von Verbänden

Viele Vereine und Verbände unterstützen den Frauenstreiktag in der Schweiz. Etwa der Schweizerische Hebammenverband oder Avenir Social, der Berufsverband der Sozialen Arbeit. Er nimmt den Streik zum Anlass, die Arbeitsrealitäten von Frauen in der sozialen Arbeit zu analysieren und Forderungen zu formulieren.

Vier Fünftel der in der sozialen Arbeit beschäftigten Personen sind Frauen. In Führungspositionen hingegen sind Frauen schlecht vertreten. Das zeigt sich auch in einer Erhebung des Bundesamts für Statistik (2016): Ein Jahr nach Bachelor-Studienabschluss «FH in Sozialer Arbeit» nehmen 10 Prozent weniger Frauen als Männer eine Führungsfunktion ein. Jahre später spreizt sich die Schere weiter. Die Wirtschaftsfrauen sehen sich zwar auch mit wenig Frauen in Führungspositionen konfrontiert, sehen den Streik aber teilweise kritisch. So ist Business and Professional Women Switzerland (BPW) heute nicht dabei.

«Wir haben von Beginn weg mitdiskutiert und einen Aktionstag immer unterstützt.» Nur gegen den Begriff des «Streiks» habe man sich gewehrt. Das sagt Claudine Esseiva als Vorstandsmitglied und designierte Präsidentin BPW. «Dann wurden wir von den Gewerkschaften vor vollendete Tatsachen gestellt», so Esseiva weiter gegenüber der NZZ.

Zum Beispiel hätten die Gewerkschaften das heute bekannte Frauenstreik-Logo ausgearbeitet und eine Kampagne auf die Beine gestellt. Diese sei für BPW «im Ton zum Teil zu Angriff» gewesen. BPW Rheintal ist daher ebenfalls nicht dabei. Maria Zivcec als Präsidentin wird aber privat in Vaduz dabei sein, um ein Zeichen zu setzen.

Nachgefragt

«Der Frauenstreik bringt keinen Ärger – im Gegenteil»

Auf dem Peter-Kaiser-Platz stehen Frauen heute Nachmittag für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Anouk Joliat und Martina Haas vom Frauenstreik-Komitee erklären, warum der Tag wichtig ist.

Die ehemalige Schweizer Bundesrätin Elisabeth Kopp sagte diese Woche, ein Frauenstreik bringe nur Ärger. Stimmt das?

Anouk Joliat: Nein, ich finde überhaupt nicht. Ich glaube, dass ein Aktionstag niemals die gleiche Wirkung gehabt hätte. Linke Frauen sind schon im Jahr 1991 auf die Strasse gegangen und haben etwas bewirkt, wovon auch bürgerliche Frauen profitierten.

Es sind oft Frauen in privilegierten Positionen, die von Karrierechancen in den Chefetagen sprechen, aber weniger über soziale oder schlecht bezahlte Berufe, die oft von Frauen ausgeübt werden. Sie übersehen, dass es für Frauen in vielen Alltagssituationen schwer ist. Wie soll eine mit dem dritten Kind schwangere Reinigungskraft, die sich Arbeit und Kinderbetreuung mit dem Nachtschicht arbeitenden Ehemann aufteilt, selbstbewusst vor ihren Chef oder ihre Chefin hinstehen und eine Lohnerhöhung fordern? Wie soll sie sich unbezahlten Elternurlaub leisten können? Die Frage ist, wie sich Eltern, die keine Grossfamilie oder finanzielle Unterstützung im Rücken haben, organisieren?

Sehen das Frauen in Ihrem Umfeld auch so bzw. wie ist das Feedback auf die Forderungen?

Es ist nicht so, dass es hart aufhart kommt. Es gibt Betriebe, die nehmen sich heute 30 Minuten Zeit, um über unser Manifest zu diskutieren. Oder sie machen früher Feierabend. Anfangs war eine gewisse Skepsis im Land da, aber die kritischen Stimmen verschwinden langsam. Sie merken, der Ton ist freundlich, einladend und konstruktiv.

Dennoch gibt es konkrete Punkte, die gefordert werden. Wie zum Beispiel Lohnungleichheit in Liechtenstein bis zum Jahr 2022.

Martina Haas: Beim Thema Lohnungleichheit sind alle gefor-



Anouk Joliat Bild: T. Schnalzer

dert, um diese patriarchalen Strukturen zu durchbrechen und die Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Es braucht eine gesetzliche Grundlage, um Lohntransparenz zu schaffen. In anderen europäischen Ländern wie Irland gibt es diese schon lange. Warum ist das bei uns denn nicht möglich?

Die Regierung wäre also gefordert. Anstatt aber an der Gleichstellung zu arbeiten, hat sie die Stabsstelle für Chancengleichheit irgendwie abgeschafft.

Ja, diese ist nun beim Amt für Soziale Dienste integriert. Allerdings fehlen die finanziellen Mittel für Projekte und Kampagnen. Wir fordern daher, dass die Re-

gierung wieder mehr Geld in die Hand nimmt und mindestens 200 Stellenprozent schafft, damit diese Stelle auch effektiv arbeiten kann.

Das ist ein Punkt. Sie gehen heute aber auch auf die Strasse, um bezahlten Elternurlaub zu fordern. Warum?

Wir fordern von der Politik und den Wirtschaftsverbänden zusätzlich zum bezahlten Mutterschaftsurlaub eine bezahlte Elternzeit von mindestens einem halben Jahr, qualifizierte Teilzeitstellen für Frauen und Männer, keine Diskriminierung von Arbeitnehmern aufgrund des familiären Engagements.